

gruene

06 | 07

blaetter

Sozialstaat reloaded

Grundsicherung oder Grundeinkommen?

>> **Drei Gründe für das Grundeinkommen** führt **Till Westermayer** ins Feld. Warum es den Bedingungen einer Risikogesellschaft entspricht, schreibt er auf Seite 3

>> **Nicht Systemdebatten lösen die Probleme** der sozialen Sicherung, findet **Brigitte Lösch** auf Seite 3. Sie fordert realistische Politik statt großer Sozialutopien.

>> **Libertär und sozial:** So sieht **Thomas Porecki** das partielle Grundeinkommen. Seine Idee eines unbürokratischen Steuer- und Transfersystems stellt er auf Seite 4 vor.

>> **Globalisierung,** Entwicklungshilfe, Flüchtlingspolitik: Das sind einige der Themen, mit denen sich die **LAG Internationales** beschäftigt. Mehr auf Seite 6.

>> **Baden-Württembergs Anteil** am weltweiten CO₂-Ausstoß beträgt 0,3 Prozent. Wer daraus schließt, dass wir nichts tun müssten, hat gar nichts verstanden, meint **Winfried Kretschmann**. Ein Plädoyer auf Seite 5.

>> **Kurz & grün:** Unsere neue Rubrik mit Nachrichten aus den Kreisverbänden - von der Oberbürgermeisterwahl bis zum gesunden Essen im Kindergarten. Seite 7.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Debatte um Grundsicherung und Grundeinkommen wird derzeit innerhalb der Grünen und in der Gesellschaft mit neuem Schwung geführt. Bereits in den 1980er Jahren wurde innerhalb der grünen Bewegung die Vision eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert. In den 1990er Jahren propagierten wir dann eine soziale Grundsicherung. Momentan sind höchst unterschiedliche Modelle in der Debatte, die das Projekt auch jeweils anders betiteln.

Wir baden-württembergischen Grünen führen momentan eine breite und mitunter bunte Diskussion, die an den aktuellen Gegebenheiten orientiert ist und an deren Ende eine klare politische Willenserklärung stehen soll.

Doch auch außerhalb grüner Kreise beschäftigt dieses Thema viele Menschen. Das hat verschiedene Ursachen:

>>



Erstens die Einführung der Hartz-Gesetzgebung. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war von den Grünen als ein erster Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung gedacht. In seiner jetzigen Ausführung ist Hartz IV jedoch nicht mit den grünen Vorstellungen einer Grundsicherung vereinbar. Das offensichtliche Ungleichgewicht zwischen Fordern und Fördern führte zu einer Schiefelage, welche die ohnehin schwache Akzeptanz von Hartz IV in der Bevölkerung weiter vermindert hat. Wenngleich für manche Betroffene Verbesserungen eingetreten sind, ist mit den Hartz-Reformen bei den Menschen das Gefühl sozialer Sicherheit nicht gewachsen, sondern ganz im Gegenteil massiv gesunken.

Zweitens gewinnt die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens neue UnterstützerInnen. So wirbelt der Chef einer großen Drogeriekette mit einem auf den ersten Blick verblüffend einfachen, im Detail jedoch unscharfen Konzept durch die Lande. Andere legen tiefergründigere Modelle vor.

Drittens befindet sich die Arbeitsgesellschaft im Umbruch. Die Vorstellung eines ununterbrochenen Erwerbsverlaufs bis zum Renteneintritt gehört der Vergangenheit an. Entsprechend spiegeln sich die Auswirkungen in einem neuen Bild von Arbeitslosigkeit und in Unsicherheit für einen zunehmend größeren Bevölkerungsanteil. Festzuhalten bleibt aber: Wir stehen nicht am Ende der Erwerbsgesellschaft, sondern sind mitten im Wandel.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unseres Sozialsystems. Muss die Existenzsicherung vom Arbeitsmarkt abgekoppelt werden? In welcher Form muss grüne Sozialpolitik auf Armut und Wandel reagieren, um materielle Existenz und damit das Gefühl von sozialer Sicherheit wieder herzustellen?

mitdiskutieren!
www.grundsicherung-bw.de

Soziale Sicherung muss einerseits eine armutsfeste Existenzabsicherung bieten und andererseits individuellen Problemlagen mit daraus entstehenden besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen. Da Armut vielschichtiger ist als materielle Not, muss Sozialpolitik mehr enthalten als finanzielle Leistung. Die Bekämpfung von Perspektivlosigkeit, Zugang zu Bildung und die Ermöglichung aktiver Teilhabe an der Gesellschaft sind unverzichtbare Bestandteile einer modernen Armuts politik. Denn Daseinsfürsorge und Generationengerechtigkeit sind für uns entscheidende Elemente einer Bürgergesellschaft, die bürgerschaftliche Teilhabe und Partizipation als Wesenselemente einer solidarischen Gesellschaft leben will. Nur in einem staatlichen Gemeinwesen, das in der Lage ist, die

grundlegenden existenziellen Bedürfnisse seiner Mitglieder in angemessenem Umfang zu befriedigen, ist Teilhabe und Beteiligung möglich.

Strittig und somit noch zu entscheiden ist, ob arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verpflichtend angenommen werden müssen und ob finanzielle Transferleistungen weiterhin an aktive Arbeitssuche gekoppelt sind.

In der bisherigen Diskussion im Landesverband stehen sich damit zwei grundlegende Überlegungen gegenüber: Halten wir am bisherigen Sozialsystem fest und entwickeln wir die bedarfsgeprüfte Grundsicherung fort oder setzen wir auf einen Systemwechsel, der Elemente eines bedingungslosen Grundeinkommens vorsieht?

Beim Landesausschuss in Pforzheim wird uns dieses Thema beschäftigen, und in den kommenden Monaten bis zur BDK im Herbst wollen wir die baden-württembergische Antwort auf diese komplexen Fragen geben.

>> Daniel Mouratidis, Landesvorsitzender



Ob Grundsicherung oder Grundeinkommen: Grün lässt niemanden fallen

Drei Gründe für das Grundeinkommen

Drei starke Argumente sprechen für ein existenzsicherndes und zugleich bedingungslos gewährtes Grundeinkommen:

Erstens: Zumindest für uns selbst, aber doch auch als Leitlinie grüner Politik gehen wir vom Bild mündiger BürgerInnen aus. Ein solches freiheitliches Menschenbild muss nicht auf Solidarität verzichten. Der kontrollierende Blick des Staates in die jeweils eigenen Angelegenheiten verträgt sich damit aber ebenso wenig wie mit der Tatsache, dass Menschen in Not als weitgehend unmündig behandelt werden, indem sie "aktiviert" oder anderweitig zu ihrem Glück gezwungen werden. Ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen gibt dagegen allen Menschen Handlungsfähigkeit und stellt so eine aktuelle Form gesellschaftlicher Solidarität dar. Unsozial und wenig grün wäre es allerdings, dann alle weiteren Angebote der Hilfe und der Förderung zu streichen.

Zweitens entspricht das Grundeinkommen den Bedingungen einer Risikogesellschaft, in der sichere, lebenslange (männliche) Erwerbsverläufe durch Unsicherheit, Flexibilitätsanforderungen und biographische Patchworks für beide Geschlechter ersetzt werden. Ein Grundeinkommen kann die existenzielle Unsicherheit zwischen den Patchwork-Flicken überbrücken und Zeiten des Lernens oder auch der Familienarbeit (für Männer wie Frauen) absichern. Zudem stellt es die Grundlage dafür dar, selbstständig tätig werden zu können, ohne sich ganz den Risiken einer "Existenzgründung" unterwerfen zu müssen.

Der dritte Grund mag als Träumerei abgetan werden, ist in Zeiten des Kli-

mawandels aber bitterer Ernst: Die Kopplung zwischen Wachstum, Erwerbsarbeit und einem sinnerfüllten Leben ist schlicht nicht nachhaltig. Ein Grundeinkommen kann den dringend notwendigen Weg zu anderen Lebensstilen ebnen. Dabei geht es zum einen um direkte Effekte wie Grundeinkommen als Grundlage für Lebensformen, die mit Markt und Wachstum nur bedingt kompatibel sind; zum anderen um indirekte Effekte, die sich ergeben, wenn zur Finanzierung des Grundeinkommens auf eine stärkere Ressourcenbesteuerung zurückgegriffen wird. So werden Anreize gesetzt, sich für - dann auch ökologisch - günstigere Produkte und Dienstleistungen zu entscheiden.



Für jeden dieser drei Punkte sehe ich keine echte Alternative. Die tatsächlichen Effekte bleiben jedoch schwer abschätzbar. Fatal wäre es, das Grundeinkommen als Ersatz für politisches Handeln wahrzunehmen. Ich plädiere daher dafür, das Grundeinkommen zu unserem Leitbild zu machen und ansonsten genau hinzuschauen, welche Modelle und Instrumente sinnvoll sind: Etwas Besseres als Hartz IV finden wir allemal!

>> Till Westermayer,
KV Breisgau-Hochschwarzwald, Webmaster des
Weblogs www.grundsicherung-bw.de

Für eine bedarfsgerechte Grundsicherung

Die Diskussion um das Grundeinkommen ist mit dem Ziel verbunden, die jetzigen Sozialversicherungssysteme nicht weiter reformieren zu müssen und mit einem Schlag alle Probleme zu lösen - aber es gibt keine einfachen Lösungen.

Egal, welche Grundeinkommensvariante auch angedacht wird, sie würde einen radikalen Systemwechsel bedeuten. Vom Sozialstaat bliebe nicht viel übrig - wir hätten wieder einen Fürsorgestaat.

Es gibt selbstverständlich einen Unterschied, ob man langzeitarbeitslose Menschen betrachtet oder KünstlerInnen und Freischaffende, dafür braucht es auch unterschiedliche Lösungsansätze. Sozial benachteiligte Menschen brauchen vor allem bessere Hilfestrukturen und Förderung. Ihnen ist mit mehr Geld und weniger Pflichten nicht geholfen. Dabei spielt auch das Menschenbild keine Rolle - was zählt, sind Realitäten.

Im Mittelpunkt der Diskussion um ein Grundeinkommen steht oftmals die These vom "Ende der Arbeit". Dies stimmt so nicht, die Erwerbsarbeit geht nicht zu Ende, sie verändert sich. Zu Ende geht das so genannte "männliche Normalarbeitsverhältnis" und somit der Traum von der "Vollzeitarbeitsgesellschaft".

Man mag die hohe Bedeutung, die der Erwerbsarbeit zugemessen wird, für falsch halten, aber man kann diese gewachsene Wertvorstellung nicht einfach ignorieren. Arbeit ist nach wie vor ein zentraler Lebensbereich, über den sich Menschen identifizieren. >>

Von daher halte ich jegliche Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Brücken in den zweiten oder ersten Arbeitsmarkt zu schlagen, für sinnstiftender als eine "Ruhigstellung" der Arbeitslosen mit einem Grundeinkommen, dabei werden vor allem Frauen die Verliererinnen sein.

Gerechtigkeit bedeutet nicht nur Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch Chancengerechtigkeit. Wie soll neben einem bedingungslosen Grundeinkommen die nötige Finanzierung der Infrastruktur erfolgen? Wir brauchen doch dringend mehr Mittel für die soziale Infrastruktur, gerade für die Verbesserung des Bildungswesens. Der Zugang zu Bildung ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts. Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt darauf keine Antwort.



Wir lösen die Probleme der sozialen Sicherung nicht mit Systemdebatten, sondern wir sollten uns in die gegenwärtigen realen Auseinandersetzungen einmischen und für eine Verbesserung von ALG II hin zu einer sozialen Grundsicherung streiten, mit einer Erhöhung der Regelleistungen, einer

stärkeren Individualisierung der Leistung und einer Abkopplung vom Partnereinkommen.

Das ist zwar weniger berauschend als die große Sozialutopie eines Einkommens ohne Arbeit - aber real. Auch in der Sozialpolitik sollte grüne Politik zwar radikal, aber realistisch sein.

>> **Brigitte Lösch, sozialpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag**

Partielles Grundeinkommen: Libertär und sozial

Mit Hartz IV wurden breite Mittelschichten von sozialen Abstiegsängsten erfasst. Auch deshalb ist die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen parteiübergreifend populär. Die grüne Bundestagsfraktion reagiert darauf überwiegend mit Abwehr, aber auch mit sinnvollen Einzelorderungen: höhere Leistungen, individuelle Ansprüche statt Haushaltsbezug, bessere Zuverdienstmöglichkeiten, mehr Schonvermögen und weniger Repression. Doch ein grün garniertes Hartz IV bleibt eine Sackgasse: Viele Hartz IV-Haushalte wären damit besser gestellt als Normalverdienerhaushalte. Eine Vervielfachung der bedürftigkeitsgeprüften Empfänger-

rInnen würde das System vollends sprengen.

Manuel Emmler und ich haben die grüne Diskussion im Frühjahr 2006 mit einem Konzept für ein partielles Grundeinkommen belebt (www.grundsicherung.org). Wie sehen kein "Ende der Erwerbsgesellschaft", aber ihren fundamentalen Wandel. Deswegen plädieren wir für eine umfassende Sicherung, die brüchige Erwerbsbiografien stützt, Teilzeit begünstigt, Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt stärkt, Anreize zur Erwirtschaftung eigenen Einkommens setzt und Existenzgründungen erleichtert. Lebensrisiken wie Alter, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit werden steuerfinanziert abgesichert.

Weitere Eckpunkte: Ein Grundeinkommen von 500 Euro für Erwachsene und 400 für Kinder. Zu diesem Sockel kommen bedarfsgeprüfte Zuschläge wie Wohngeld und Leistungen für Menschen mit Behinderungen. Gegenüber heute ist die Prüfung vereinfacht und nur bei einem Bruchteil der Fälle erforderlich. Wir schlagen also ein Hybridmodell vor: Mit einem nicht bedürftigkeitsgeprüften Sockel für alle sowie bedürftigkeitsgeprüften Zusatzleistungen.

Viele heutige Transfers und Vergünstigungen werden dafür überflüssig, etwa das Bafög, das ALG II, das Kindergeld, der steuerliche Grundfreibetrag und das Ehegattensplitting.

In der Summe entsteht ein unbürokratisches Steuer- und Transfersystem, in dem die Mehrheit der Bevölkerung ein deutlich höheres Nettoeinkommen hat als heute. Das Konzept ist voll gegenfinanziert, und es geht nicht zu Lasten öffentlicher Güter wie Bildung, Kinder-

betreuung und sozialen Dienstleistungen. Höhere Einkommen werden stärker belastet - aber nicht stärker als in Skandinavien.



Klar ist: Unter dem Etikett "Grundeinkommen" segeln, wie bei jeder guten Idee, auch ziemliche Irrläufer. Dies erfordert aber keine pauschalen Abwehrreflexe, sondern vernünftige Weichenstellungen - für mehr Freiheit und für einen sozialen und ökonomischen Mehrwert.

>> Thomas Poreski, KV Reutlingen, Mitglied der grünen Bundeskommission "Zukunft der sozialen Sicherung". Er ist Abteilungsleiter für Sozialrecht & Qualitätsmanagement bei einem großen Träger der Eingliederungs- und Jugendhilfe.

Baden-Württembergs Verantwortung für den Klimaschutz

Nur noch acht Jahre bleiben der Weltgemeinschaft, um den Umstieg auf eine klimaverträglichere Entwicklung zu schaffen. Der menschengemachte Klimawandel ist nun eine global anerkannte Realität, und die Lage ist dramatischer als bisher angenommen. Damit die globale Erwärmung dauerhaft nicht höher als die (hoffentlich) gerade noch verträglichen 2 Grad ausfallen wird, muss der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 weltweit um 50 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 verringert werden.

50 Prozent - das hört sich gar nicht so viel an? 2050 - ist doch noch lange hin? Die reichen Industrienationen müssen ihren CO₂-Ausstoß bis 2050 laut IPCC aber um 80 Prozent reduzieren, und die dafür notwendigen Maßnahmen müssen sehr schnell eingeleitet werden.

Industrienationen haben Klimawandel verursacht

Das muss auch für Baden-Württemberg gelten. "Nichts liegt näher, als dass die Rettung des globalen Klimas von jenen in die Hand genommen wird, welche die meisten Schäden zu verantworten haben. Es ist deshalb unheimlich wichtig, jetzt einen realistischen Arbeitsplan zu entwickeln." So schrieb Lothar Späth im Handelsblatt. Die Landesregierung hat diese Erkenntnis jedoch wohl noch nicht erreicht.

Baden-Württembergs Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen beträgt 0,3 Prozent. Wer daraus jedoch schließt, dass wir nichts tun müssten, hat gar nichts verstanden. Baden-Württemberg kann keine UN-Konventionen beschließen.

Aber wir tragen Verantwortung für die bisherige und die zukünftige Klimaentwicklung.

Baden-Württemberg zum guten Vorbild entwickeln

Baden-Württembergs Beitrag für den globalen Klimaschutz muss nach meiner Überzeugung sein, dass wir als eine der reichsten Industrieregionen der Welt einen beispielhaften Weg beschreiten: Wir müssen zeigen, wie materieller Wohlstand, sogar Wachstum mit dem Verbrauch von weniger Ressourcen zusammengeht.



Länder, deren Wirtschaft und deren CO₂-Ausstoß zurzeit stark wachsen wie China oder auch die Türkei, sollen in uns ein Modell sehen: Eine High-Tech-Region mit hochwertigen Arbeitsplätzen, gesunden Lebensbedingungen und einem radikal gesenkten CO₂-Ausstoß. Damit können wir global Einfluss nehmen - und zugleich unsere Wirtschaftsweise auf die Bedingungen von endlichen Ressourcen einstellen und exportfähige Technologien und Ideen entwickeln.

Die Bilanz bisher ist leider mehr als mager: CO₂-Emission Baden-Württembergs 1990: 74 Millionen Tonnen, 2005: 74 Millionen Tonnen, Reduktion: null. In den Jahren dazwischen waren es bis zu 81 Millionen Tonnen. Die Gefahr ist groß, dass der aktuelle Konjunkturaufschwung nicht nur die Steuereinkassen klingeln lassen, sondern auch den CO₂-Ausstoß erhöhen wird. Und die Landesregierung tut nichts, als dem Scheitern ihres eigenen Klimaschutz-Plans, der bis 2010 eine Reduktion auf 64 Millionen Tonnen vorsah, zuzuschauen.



Ein Klimaschutzprogramm 2020

Unser grünes Ziel für Baden-Württemberg ist: 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2020. Dies ist laut Beschluss des Bundestags auch das Ziel für Deutschland. Dazu muss viel getan werden: So muss sich das Land nach unserer Überzeugung im Bundesrat erfolgreich für ein Erneuerbares Wärmegesetz und für die Versteigerung von neu zu vergebenen CO₂-Zertifikate einsetzen. Manches muss das Land auch einfach lassen: CDU und FDP müssen ihren Kampf gegen private Windkraftinvestoren im Land aufgeben, so dass wir von 0,47 Prozent heute bis 2020 einen Anteil von 10 Prozent Windkraft an der Stromerzeugung erreichen - den andere Bundesländer heute schon überschritten haben. Die Subventionierung des Flugverkehrs aus dem Landeshaus-

halt muss endlich eingestellt werden. Das spart sogar.

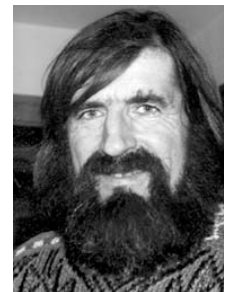
Aber das Land muss auch mehr Geld in die Hand nehmen. Wir fordern ein Klimaschutz-Paket von je 50 Millionen Euro für 2007 und 2008 aus den Steuermehreinnahmen von 1 Milliarde Euro pro Jahr. Wir wollen die Kürzungen im regionalen Zugverkehr zurücknehmen. Wir wollen, dass hundert landeseigene Gebäude auf Niedrigenergiestandard saniert werden und das Land Zuschüsse für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung gibt. Wir wollen Projekte nach dem Vorbild des energieautonomen Bioenergiedorfs Mauenheim im Land entstehen lassen und innovative Ansätze wie die Wärmegewinnung aus Abwasserkanälen voranbringen.

Das kann nur ein Anstoß sein, der Anfang einer klimagerechten Neuorientierung der Landespolitik. Aber der ist bitter nötig. Denn nur Grüne bringen grüne Ideen wirklich voran.

>> Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Die LAG Internationales stellt sich vor

Was haben die Grünen der ungerechten Globalisierung entgegenzusetzen? Was kann die Bildungspolitik innerhalb der UNO-Bildungsdekade an nachhaltigem Wissen vermitteln? Wie können Fluchtursachen in Afrika und anderswo bekämpft werden? Was haben militärische Interventionen gebracht? Was hat die Klimawende mit dem Thema Krieg und Frieden zu tun?



Mit diesen und anderen Fragen beschäftigen wir uns und begleiten die Entwicklungspolitik des Landes kritisch. So haben wir 2006 den Grünen Ratschlag zu Afrika "Weg vom Öl in Afrika - Afrika ohne Armut?" veranstaltet.

Wir treffen uns viermal im Jahr. Meistens im Landtag zum entwicklungspolitischen Fachgespräch mit MdL Gisela Splett, die entsprechende berufliche Erfahrungen aus Afrika in die Fraktion einbringt. Nächste LAG-Sitzung: Mittwoch, 20.6., 18.00 Uhr im Landtag. Wir laden herzlich ein!

Kontakt:

Email: internationales@lag.gruene-bw.de

Internet: <http://www.gruene-bw.de/strukturen/arbeitskreise/internationales.html>

>> Walter Schwenninger,
Sprecher LAG Internationales

>> kurz und grün

KV Esslingen: Grüner Stand bei 1. Slow Food- Messe

Mit "Gesundes und Leckeres im Kindergarten" hat der Kreisverband Esslingen eine Aktion in Kindergärten umgesetzt und finanziert. Bausteine sind: Ernährungsberaterin, Elternabend, Kindervormittag, Ausflug zu Biobauernhof oder Mühle. Bei der 1. Slow Food-Messe auf dem Killesberg (15.-17. Juni) wird die Aktion vorgestellt. Kontakt: Kreisverband Esslingen, Tel. 07022/35851.

Neues von Gewerkschaftsgrün:

Auf der Jahrestagung im Mai 2007 wurden Daniela Wente, Wolfgang Stather und Andreas Braun als SprecherInnen von "Gewerkschaftsgrün" gewählt. Thematische Schwerpunkte der aktuellen Arbeit sind gesetzlicher Mindestlohn, regenerative Energien und der Erhalt kommunaler Stadtwerke. Gewerkschaftsgrün ist Teil der BAG Wirtschaft und Finanzen. Neues Forum: Es wird eine Debattenliste eingerichtet. Eintragung und Infos bei Daniela Wente unter info@gewerkschaftsgruen.de.

"Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen" von Christine Denz

Die Mosbacher Autorin und Grüne Kreisvorsitzende Christine Denz hat zehn Interviews mit elf Menschen geführt. Ernährung aus der Biokiste, ökologisches Bauen und Wohnen, Leben in Gemeinschaft, mit vielen Kindern, Fortbewegung ohne Auto, Teilen wichtiger Gebrauchsgegenstände: Es entsteht daraus nicht Verlust, sondern

Reichtum. Porträtfotos von Tim Krieger rücken die Personen nahe. Außerdem findet man zahlreiche Anregungen und Mitmachprojekte für den Einstieg in ein anderes Leben. Einzelpreis 5,90 Euro, Bestellungen unter www.oeiew.de und im Buchhandel

OV Lauffen: Regelung zur Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen

Auf die Initiative des Ortsverbandes (mit seinem einzigen Stadtrat) hin hat die Stadtverwaltung eine Regelung zur Nutzung von GVOs auf städtischen Grundstücken festgelegt, d.h. den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut auf diesen Flächen untersagt. Die Lauffener Grünen unterstützen direkt die Arbeit des OV Leingarten zur Verhinderung des dort bereits vereinbarten Versuchfeldes zum Anbau von Genmais. Derzeit läuft eine Unterschriftenaktion in der Stadt gegen dieses Versuchsfeld, denn ein nur 8-10 km entferntes Feld mit gentechnisch verändertem Saatgut muss Auswirkungen auf das Lauffener Umland haben.

Alexander Ludwig: Neuer grüner Bürgermeister in Leinfelden-Echterdingen

Der 43-jährige Diplomverwaltungswirt Alexander Ludwig saß zwischen 1984 und 1993 im Backnanger Gemeinderat und war außerdem von 1994 bis 1999 Mitglied im Kreistag des Rems-Murr-Kreises. Der Grüne aus Backnang wurde vom Gemeinderat L.-E. am 8. Mai 2007 mit 18 Stimmen im ersten Wahlgang vor seiner Kontrahentin Dreisigacker (CDU) für die nächsten acht Jahre zum Kultur- und Sozialbürgermeister gewählt.

Wolfgang Raufelder kandidiert als OB in Mannheim

Mit Wolfgang Raufelder haben wir Mannheimer Grünen einen Kandidaten auf Augenhöhe für die Oberbürgermeisterwahl am 17. Juni. Unser Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und im Regionalverband tritt gegen einen SPD-Bürgermeister und einen CDU-Bundstagsabgeordneten an. Wir investieren viel Zeit und Geld in einen aufwändigen Wahlkampf und rechnen damit, im ersten Wahlgang auf einem der ersten beiden Plätze zu landen. Mehr unter www.wolfgang-raufelder.de

Ilka Neuenhaus rückt für Palmer nach

Boris Palmer hat zum 25. Mai sein Landtagsmandat niedergelegt, um sich ganz seiner neuen Aufgabe als OB in Tübingen zu widmen. Ilka Neuenhaus rückt als nominierte Zweitkandidatin in den Landtag nach. Die 43 Jahre alte Juristin und Diplom-Mediatorin war als Kreisgeschäftsführerin der Tübinger Grünen tätig, außerdem wurde sie 2004 für die Fraktion AL/Grüne in den Gemeinderat gewählt. Ilka Neuenhaus ist verheiratet und hat zwei Kinder.

LAG Hochschule: Neue SprecherInnen

Seit Mai 2007 steht ein neues Duo an der Spitze der Landesarbeitsgemeinschaft Hochschule: Eva Lübke (KV Mannheim) und Thorsten Deppner (KV Freiburg). Mehr zur LAG Hochschule:

<http://www.gruene-bw.de/strukturen/arbeitskreise/hochschule.html>

>> Termine

11.-16.6.2007:

Freiburg "Von der Sonne verwöhnt - Freiburg, die ökologische Stadt der Zukunft", Exkursion der HBS.

15.-16.6.2007:

Universität Tübingen "Beruf und Geschlecht", Workshop der HBS in Kooperation mit dem AK Gleichstellung des Instituts für Politikwissenschaft/Universität Tübingen

16.-17.6.2007:

"Wir können es!" Seminar für Kreisvorstände und solche, die es werden wollen. Ort: Stuttgart. Infos über die LGS: landesverband@gruene-bw.de

20.6.2007:

Stuttgart, 18.00 Uhr: LAG Internationales im Landtag. Nähere Informationen: <http://www.gruene-bw.de/index.php?id=5460>

20.6.2007:

18.30 Uhr: Deutsch Amerikanisches Institut, Heidelberg "Prima Klima in Europa?", Veranstaltung der HBS zur Ratspräsidentschaft und zur Europäischen Klimapolitik

21.6.2007:

Stuttgart: 18.30 Uhr, Landtag: "Europas Wasser im Strudel der Liberalisierung?!", Lesung von Wolfgang Schorlau und anschließende Podiumsdiskussion u.a. mit Heide Rühle, MdEP und Brigitte Lösch, MdL. Infos: www.heideruehle.de

22.6.2007:

Stuttgart, 17.15 Uhr: LAG Demokratie und Recht, Fraktionssitzungssaal der Grünen im Landtag.

23.6.2007:

Stuttgart, LAG FrauenPolitik, 14.00-17.00 Uhr im Ebertsaal im Landtag.

23.6.2007:

Ort N.N., LAG Hochschule

25. oder 27.6.2007: Schlatterhaus, Tübingen 18.00 Uhr: "Warten auf die orangene Revolution" Weißrussland ein Jahr nach den Wahlen, Film und Diskussion, HBS

28.6.2007:

TurmForum, Hauptbahnhof Stuttgart, 17.00 Uhr: "Konservativer Feminismus und neue Familienpolitik?" Ladies Lunch on tour, Veranstaltung HBS mit Katrin Göring-Eckardt, MdB/Grüne und Silvana Koch-Mehrin, MdEP/FDP (angefragt) - for Ladies only -

30.6.2007:

Pforzheim, 11.00-17.00 Uhr: 9. Landesausschuss in Pforzheim, Congress Centrum, Am Waisenhausplatz 1-3, 75172 Pforzheim, www.pkm.de. Nähere Informationen auf www.gruene-bw.de

7./8.7.2007:

Seminar für KreisgeschäftsführerInnen, geschäftsführende Kreisvorstände und KreisschatzmeisterInnen zum Thema Fundraising. Einladung mit Details folgt.

14.7.2007:

Stuttgart, 11.15 Uhr: LAG Ökologie, 11.15. Uhr im Fraktionssitzungssaal der Grünen im Landtag.

15./16.9.2007:

Frauencoaching. Nähere Informationen folgen.

22.9.2007:

Ort N.N., 10.15-ca. 16.00 Uhr: LAG Christen

26.9.2007:

TurmForum Hauptbahnhof Stuttgart, 18.00-21.00 Uhr: "Ethik und Sport", HBS-Diskussionsveranstaltung im Rahmen der UCI-Straßenrad-WM

27.9.2007:

Freiburg, 18.00 Uhr: Grüne Ordnungspolitik für Europa, SWR-Studio Freiburg

12.-14.10.2007:

22. LDK in der Harmonie Heilbronn

23.-25.11.2007:

BDK in Nürnberg

>> Infos zu allen Terminen der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) unter: info@boell-bw.de/
www.boell-bw.de

>> Impressum

Herausgeber Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Forststr. 93 Tel (0711) 99 35 90
70176 Stuttgart Fax (0711) 99 35 999
www.gruene-bw.de landesverband@gruene-bw.de

Redaktion Tilo Berner, Philip Eberhardt, Gisela Hotz, Thomas Hornung,
Andrea Lindlohr, Agnes Malczak, Helene Rädler, Susanne
Roßbach, Wolfgang Schmitt

Layout & Satz Katrin Ströbel
Druck Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 6.500 Stück)